

## **Kundgebung 18.11.17**

Um die Kampagne zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages zu fördern, hat eine kleine Gruppe von Mitgliedern des Bremer Friedensforums, der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und der Internationalen Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen (IALANA) einen Appell an Bremische Abgeordnete entworfen. Dieser Appell richtet sich an alle Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, an die sechs Bremer Bundestagsabgeordneten und an die drei Abgeordneten, die Bremen im Europäischen Parlament vertreten. Sie alle werden dringend gebeten, auf Resolutionen des Bundesrates, des Bundestages bzw. des Europäischen Parlaments hinzuwirken, mit denen die neue Bundesregierung sowie auch die Europäische Kommission zur Unterzeichnung des Verbotsvertrages aufgefordert werden. Dieser Appell wurde innerhalb weniger Tage von 79 Bremer Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet und wurde heute an die Abgeordneten geschickt. Sie finden den Inhalt dieses Appells, der mit einer ausführlichen Begründung versehen ist, auf der Internetseite des Bremer Friedensforums.

Dieser Appell ist deshalb von großer Bedeutung, weil sich während der Sondierungsgespräche in keiner Weise abzeichnete, dass eine Jamaika-Koalition – wenn sie denn zustande kommt – bereit sein könnte von der Boykothaltung der noch amtierenden Regierung gegenüber dem Verbotsvertrag abzuweichen. In der Fraktion der CDU/CSU beharrt vermutlich immer noch eine Mehrheit der neugewählten Abgeordneten auf der von uns kritisierten Meinung, die Atomwaffen der Nato dienen der Abschreckung und dürften nicht einseitig abgerüstet werden. Bedauerlicherweise ist auch die Parteispitze der FDP im Klima eines neuen Kalten Krieges auf diesen Kurs eingeschwenkt. Als Martin Schulz im August dieses Jahres sich für den Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen aus Deutschland stark machte, diffamierten die FDP-Politiker Lindner und Graf Lambsdorff ebenso wie der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion die Forderung von Martin Schulz als "reines Wahlkampfgetöse". Die FDP-Spitze distanziert sich jetzt offensichtlich von den Bemühungen ihres früheren Parteivorsitzenden Guido Westerwelle, der im Wahlkampf des Jahres 2009 selbst für eine atomwaffenfreie Bundesrepublik geworben hatte. Dieser Kurswechsel ist eine fatale Entwicklung. Alle Meinungsumfragen zeigen, dass die große Mehrheit der Deutschen in Sorge ist über bestehende Kriegs- und Krisenherde, über neuerliches Wettrüsten in aller Welt und über die gegenwärtig eskalierende Bedrohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen.

Umso wichtiger ist es, dass in dieser Situation alle Abgeordneten, die die Ächtung von Atomwaffen unterstützen und nicht der Abschreckungsideologie folgen wollen, alleine ihrem Gewissen gehorchen und sich über alle Parteigrenzen und Fraktionszwänge hinweg zusammen für eine Unterzeichnung des Verbotsvertrages einsetzen.

Deswegen bitten wir Sie, die von den verschiedenen Netzwerken der Friedensbewegung getragene Kampagne mit zu unterstützen. Sammeln Sie selbst in ihren Freundes- und Kollegenkreisen Unterschriften für die von der Friedensnobelpreisträgerin ICAN herausgegebene Petition an die künftige Bundesregierung. Unterschriftenlisten für diese Petition liegen hier am Büchertisch aus. Sie finden sie auch auf der Internetseite von ICAN.